

(Abgeordneter Fräßdorf.)

(A) und ich bin auch der Ansicht, daß man von dieser Bequemlichkeit abkommen und die Frage in kürzerer Frist revidieren muß.

Auf eins aber möchte ich aufmerksam machen. So notwendig die Ortszuschläge, die Ortsklasseneinteilung zum Ausgleich der Beamtenbesoldungen in Staat und Reich sind, so unsinnig ist es meiner Meinung nach, wenn die Gemeinden dazu übergehen, Ortszuschläge zu den Beamtengehältern zu gewähren. Die Ortszuschläge sind doch nun einmal zum Ausgleich der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Beamten und Angestellten zu leben haben, gegeben. Eine solche Veranlassung ist aber unserer Meinung nach in den Gemeinden durchaus nicht vorhanden. Hier kann man nur annehmen, daß die Gemeinden sich insoweit ihrer Pflicht entziehen wollen, als sie statt erhöhter Gehälter Wohnungsgeldzuschüsse gewähren, die nicht als pensionsfähige Bezüge betrachtet werden. Das ist aber ein Schachzug, der durchaus nicht gebilligt werden kann und nicht im Interesse der Beamten liegt.

Wenn aber nun in der Weise, wie es angedeutet worden ist und wofür wir durchaus zu haben sind, die Interessen der Beamten wahrgenommen werden sollen, so ersuchen wir die Königliche Staatsregierung, auch die Interessen der Arbeiter dabei nicht zu vergessen und entsprechend der Erhöhung der Ortszuschläge auch die Löhne der dort beschäftigten Arbeiter zu erhöhen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wittig.

Abgeordneter Wittig: Auch ich verkenne die Schwierigkeiten, die von Sr. Exzellenz dem Herrn Ministerialdirektor hervorgehoben worden sind, in dieser Angelegenheit durchaus nicht. Wenn aber die Ungleichheit der Gewährung so eklatant wie hier zwischen Potschappel und Döhlen zutage liegt, so, meine ich, müßte auch die Königliche Staatsregierung irgend einen Weg suchen, dem abzuhelfen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Verhältnisse so liegen, daß ein Beamter, der in Döhlen stationiert ist und infolge des Wohnungsmangels dort in Potschappel wohnt, einen Wohnungsgeldzuschuß II. Klasse erhält, während der Beamte, der in Potschappel stationiert ist und auch in Potschappel wohnt, einen Wohnungsgeldzuschuß III. Klasse erhält, wenigstens bin ich so unterrichtet worden, ob es zutrifft, weiß ich nicht. Wenn das aber so ist, dann wird man zugeben müssen, daß die Wünsche der Petenten durchaus berechtigt sind.

(C) Ich freue mich, daß Se. Exzellenz der Herr Ministerialdirektor vorhin gesagt hat, daß die Königliche Staatsregierung bemüht sein wird, da, wo derartige Ungleichheiten bestehen, so bald als möglich einen Weg der Abhilfe zu suchen, und ich möchte gerade in bezug auf die Gemeinden des Plauenschen Grundes, die so gleiche Verhältnisse haben, die Königliche Staatsregierung bitten, einen ausgleichenden Weg ausfindig zu machen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abgeordneter Singer: Meine Herren! Das Gesetz über die Wohnungsbeihilfe ist für alle Staaten im Deutschen Reiche immer eine Sorgenquelle gewesen, und Hessen hat sich sogar entschlossen, das Gesetz abzuschaffen. Bei den auch hier wieder zutage tretenden Differenzen könnte man sich wirklich mit dem Gedanken vertraut machen, das auch in Sachsen zu tun und mit einer Erhöhung der Gehalte die Wohnungsgeldfrage aus der Welt zu schaffen.

Dem Herrn Kollegen Wittig möchte ich auf seine Worte erwidern, daß er, wenn er in der zweiten großen Sitzung dabeigewesen wäre, hätte Zeuge sein müssen, welche Schwierigkeiten sich uns entgegenstellten. Die Herren von der Regierung haben uns keinerlei Zusage machen können. Das war das Äußerste, was wir überhaupt noch fertig gebracht haben.

Der Herr Wirkliche Geheime Rat Dr. Schroeder hat ausgesprochen, es sei nicht erwiesen, daß wirklich seinerzeit in dem Berichte allenthalben die Wahrheit nicht berichtet worden sei. Aber es ist doch so. Ich habe positive Unterlagen in den Händen. Ich will keine Namen nennen, aber einen Fall anführen, wo ein Beamter, der gefragt worden ist, was seine Wohnungsmiete betrage — aus Versehen, sagen mir die Herren —, den Betrag um 100 M. zu niedrig angegeben hat. Das sei bei der Ausmessung der Wohnungsklasse mit maßgebend gewesen. Daß die Preise der Kohlen nicht genau berichtet worden sind, ist ebenfalls erwiesen, denn die Orte Potschappel usw. liegen weiter ab von den Kohlenfeldern als gerade Döhlen, das in die II. Klasse gekommen ist.

Aber wie dem auch sei, ich habe mir gern von dem Herrn Ministerialdirektor sagen lassen, daß die Regierung offenen Auges — dieser Ausdruck ist gefallen — die Sache beachten werde. Das gibt mir die Gewähr dafür, daß eklatante Fälle wohlwollend entschieden werden. Man könnte auch mit häufigeren Versezungen die jetzigen Beamten aus den Orten nehmen und an Orte bringen, wo sie ein größeres Wohnungsgeld beziehen; das wäre auch ein Ausweg.